P. b. b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

# Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

NUMMER 120 SEPTEMBER 1970 EINZELPREIS S 3.-

### Nach dem NDP-Überfall auf das Mürzzuschlager Jugendlager

## Die Selbsthilfe gegen den Faschismus organisieren!

Für die zweite Juli-Hälfte und den ganzen August hatte eine Gruppe junger österreichischer Arbeiter und Studenten zu einem internationalen Zeltlager in Mürzzuschlag eingeladen. Auf Grund der kämpferisch-revolutionären Zielsetzungen dieses Lagers und der Aufgeschlossenheit seiner Veranstalter für den Marxismus-Leninismus begrüßte und unterstützte die MLPÖ das Vorhaben und nahmen auch Mitglieder und Sympathisierende der MLPÖ bzw. ihrer Jugendsektion für kürzere oder längere Zeit an den Aktivitäten, Veranstaltungen und Diskussionen des Lagers teil.




Daß diese Entscheidung richtig war, zeigte sich schon nach kurzer Zeit. Ohne Spiele, Sport und andere Vergnügungen zu kurz kommen zu lassen, führte das in seiner Zusammensetzung meist ständig wechselnde Lagerkollektiv viele politische Diskussionen durch, die wesentlich zur Festigung des revolutionären Bewußtseins und Wissens der Teilnehmer beitrugen und entfaltete zugleich eine außerordentlich wertvolle politische Arbeit nach außen, die sich einerseits bis ins Wr.Neustädter-Neunkirchner Industriegebiet und andererseits über fast die ganze Obersteiermark erstreckte. Insbesondere mit Lehrlingen und jungen Arbeitern dieses Gebietes fanden zahllose Kontaktnahmen und Diskussionen statt, bei denen ihre Sorgen und Probleme erörtert und Möglich-

Fortsetzung auf Seite 3

## EIN SCHMUTZIGES GESCHÄFT

Kommentar der „Renmin Ribao“

Der Kuhhandel zwischen dem Sowjetrevisionismus und Westdeutschland in der Frage über den sogenannten „gegenseitigen Gewaltverzicht“ ist von langer Hand vorbereitet. Vom Jahre 1966 an wurden von den beiden Seiten wiederholt Erklärungen abgegeben und Noten ausgetauscht, in denen um den Preis gefeilscht wurde. Aber Verhandlungen konnten nach wie vor nicht aufgenommen werden. Nun hat die sowjetrevisionistische Führungsclique auf die von ihr früher gestellte Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen, nämlich auf die vorherige Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik als einen souveränen Staat durch Westdeutschland verzichtet, weil sie es eilig hat, mit diesem zu kollaborieren. Westliche Nachrichtenagenturen triumphierten: Das zeigt, daß die „Sowjetunion ihre seit 20 Jahren verfolgte Politik aufgegeben hat“. Dieses Vorgehen der sowjetrevisionistischen Führungsclique ließ wieder einmal ihren offenen Verrat an den Interessen des deutschen Volkes klar erkennen.

Jeder weiß, daß zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion die Deutsche Demokratische Republik und Polen liegen. Wollte Westdeutschland auf Gewaltanwendung der Sowjetunion gegenüber verzichten, so soll es vor allem auf Gewaltanwendung gegen die DDR verzichten. Statt zuerst mit der DDR über diese Frage zu verhandeln, ist nun Westdeutschland mit der sowjetrevi-

sionistischen Führungsclique in Verhandlungen getreten. Unter offener Mißachtung der Souveränität der DDR spielt sich die Regierung Brandt als „Vertreter ganz Deutschlands" auf und versucht, unter Übergehen der DDR diese betreffende Abkommen zu unterzeichnen. Selbst unter diesen Umständen hat die sowjetrevisionistische Führungsclique den Vorschlag Westdeutschlands angenommen. Welche Stellung hat denn diese Clique der DDR zugedacht? Beweist sie dadurch, daß sie unberechtigter Weise Entscheidungen für andere trifft, nicht überzeugend genug, daß sie sich als oberster Gebieter aufspielt und unverfroren die Souveränität ihres „verbündeten Staates' dazu benutzt, sie bei ihrem politischen Geschäft in die Waagschale zu werfen? Das ist ein weiterer markanter Ausdruck der von den sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten verbreiteten notorischen „Theorie von der begrenzten Souveränität".

Um die Verhandlungen mit Westdeutschland schnellstens aufnehmen zu können, paßt sich die sowjetrevisionistische Führungsclique darüber hinaus den Forderungen Westdeutschlands und des Westens in der Westberlin-Frage an. So hat sie die Interessen des deutschen Volkes weiter verschachert. Westberlin liegt auf dem Territorium der DDR und gehört mit Recht zu ihr. Westberlin gehörte niemals zu Westdeutschland und wurde niemals von ihm verwaltet. Die sowjetrevisionistische Führungsclique geht jedoch in der Westberlin-Frage Konzession auf Konzession ein. Zunächst hat sie behauptet, Westberlin solle, gesetzt, daß der Besatzungsstatus in Westberlin aufgehoben wird und die DDR die volle Souveränität über die Verbindungswege von und nach Westberlin zurückerlangt, eine „entmilitarisierte Freistadt" werden. Dann hat diese Clique diesen Standpunkt geändert und diese Bedingungen aufgegeben. Es war nur noch die Rede von einer „selbständigen politischen Einheit". Gegenwärtig spricht man nur verschwommen von einer „Sonderstellung Westberlins". Die sowjetrevisionistische Führungsclique deutete sogar an, man könne die Zugehörigkeit Westberlins zu Westdeutschland stillschweigend anerkennen. Ein Anfang in dieser Richtung wurde bereits im März dieses Jahres gemacht, als die Sowjetrevisionisten ganz offen zuließen, daß die Präsidentenwahl durch den westdeutschen Bundestag in Westberlin stattfand.

Angesichts dieser schamlosen Verräterei der Sowjetrevisionisten ist es an der Zeit, daß jene erwachen, die mit ihnen ihre Truppen in der Tschechoslowakei eingesetzt haben und im Schlepptau des Sowjetrevisionismus China verleumden, daß es mit dem westdeutschen Militarismus „kollaboriere".

Die „neue Ostpolitik" Brandts unterscheidet sich dem Wesen nach nicht von der seiner Vorgänger. Er operiert nur schlauer und hinterhältiger. Brandt sprach in seiner „Regierungserklärung" wohl viel von „Verständigung mit dem Osten" und von „Hinausführung über die Vergangenheit", während er jedoch unverblümt ein lautes Geschrei darüber erhob, daß „eine völkerrechtliche Anerkennung der ‚DDR' durch die Bundesregierung nicht in Betracht kommen kann" und daß das „Recht auf Selbstbestimmung", das die „Deutschen" haben sollten, auf keinen Fall aufgegeben werde. In ungeschminkten Worten heißt das: Man will wie immer an der militaristischen Politik festhalten und darauf bestehen, die DDR zu annektieren und in verstärktem Maße in die osteuropäischen Länder zu infiltrieren und dort Expansion zu treiben. Daß die sowjetrevisionistische Führungsclique die Regierung Brandt herausputzt, ist nichts anders als ein Versuch, ihre verbrecherischen Aktivitäten zu verstärkter Kollaboration mit dem westdeutschen Militarismus und zu weiterem Verrat an den Interessen des deutschen Volkes zu verschleiern.

Gegenwärtig geht es für den Sowjetrevisionismus darum: einerseits sucht er, durch intensivierte Gewinnung Westdeutschlands dem USA-Imperialismus die Hegemonie in Europa abzuringen, andererseits mit westlichen Ländern Vereinbarungen zur Aufrechterhaltung des Status quo in Europa zu treffen, damit seine Einflußsphären in Osteuropa gesichert und seine Kontrolle und Versklavung der osteuropäischen Länder verstärkt werden können. Der USA-Imperialismus nimmt diese Gelegenheit wahr, um Druck auf den Sowjetrevisionismus zu üben und so weitere Zugeständnisse von ihm in der Deutschland- und Westberlin-Frage zu erzwingen, die es dem USA-Imperialismus und dem westdeutschen Militarismus leichter machen, in verstärktem Maße in osteuropäische Länder einzusickern und dort ihre Aggressionskräfte zu erweitern.

Um die Europa-Frage herum geht ein heftiger Kampf zwischen dem Sowjetrevisionismus und dem USA-Imperialismus vor sich.

Der Imperialismus und Sozialimperialismus verlassen sich bei Aggression und Expansion stets auf Gewalt. Sie werden niemals auf Anwendung von Gewalt „verzichten". Sowohl der USA-Imperialismus als auch der Sowjetrevisionismus beschäftigen sich alle mit Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Sie haben in vielen europäischen Ländern eine große Menge bewaffneter Truppen stehen. Der Sowjetrevisionismus hat seine Truppen zur Besetzung der Tschechoslowakei eingesetzt und andere osteuropäische Länder seiner militärischen Kontrolle und Bedrohung unterworfen. Ist das etwa nicht Gewaltanwendung und Androhung von Gewalt?! Die westliche Presse ließ kürzlich durchsickern, daß auf der Tagung der Verteidigungsminister der Mitgliedsstaaten der NATO, die unter der Kontrolle des USA-Imperialismus steht, geheime Dokumente angenommen worden sind, in denen es heißt: Sollte ein Krieg ausbrechen, werden taktische nukleare Waffen eingesetzt werden, um zuerst militärische Ziele auf dem Territorium Polens, der Tschechoslowakei und der DDR anzugreifen. Heißt das etwa auch nicht Gewaltanwendung und Androhung von Gewalt?! Weder der Sowjetrevisionismus noch der USA-Imperialismus können Europa „Sicherheit" bringen. Sie spielen sich gegenseitig in die Hand, aber bekämpfen einander auch, was unter den Völkern verschiedener Länder in Europa nur äußerstes Unheil anrichtet. Um ihre eigenen Ziele zu erreichen, ließen sie sich des langen und breiten über „Gewährleistung der Sicherheit und des Friedens in Europa" aus. Das alles ist durch und durch ein Betrug.

Unser großer Führer Vorsitzender Mao hat auf folgendes hingewiesen: **„Der Sowjetrevisionismus und der USA-Imperialismus, die unter einer Decke stecken, haben so viel üble und berüchtigte Taten begangen, daß die revolutionären Völker der ganzen Welt sie nicht unbestraft entkommen lassen werden. Die Völker aller Länder erheben sich. Eine neue Geschichtsperiode des Kampfes gegen den USA-Imperialismus und gegen den Sowjetrevisionismus hat bereits begonnen."**

(Auszug aus der im RF-Verlag erhältlichen gleichnamigen Broschüre)

keiten zur Organisierung des Kampfes zu ihrer Lösung beraten wurden. Es zeigte sich, daß es speziell auf dem Lehrlingssektor in Österreich oft himmelschreiende Zustände gibt, da die Lehrlinge und Jungarbeiter über keine kampffähige Organisation zur Vertretung ihrer Tages- und Zukunftsinteressen verfügen. Vom Lager aus wurden zahlreiche Fälle der Willkür und des Unrechts, des Bruchs von Kollektivverträgen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen, Begleiterscheinungen einer rücksichtslosen Profitschinderei, aufgedeckt, hochinteressante Materialien über die Lage vor allem der Lehrlinge und Jungarbeiter im niederösterreichisch-steirischen Industriegebiet gesammelt und eine Reihe guter Kampfaktionen durchgeführt. So z.Bsp. wurde ein Fall von schwerer Lehrlingsmißhandlung durch einen in dieser Beziehung schon berüchtigten Mürzzuschlager Großfleischhauer trotz aller Vertuschungsversuche durch Kammern und Berufsvertretungen vor die Öffentlichkeit gebracht und der Boykott des Lehrlingsschinders organisiert. (Hinterher hat auch die bürgerliche Presse den Fall aufgegriffen und so getan, als ob dergleichen in Österreich eine seltene, strenger Bestrafung unterworfene Sache sei.) Ein anderer Fall betraf eine Gruppe von Böhler-Lehrlingen, gegen die als "Disziplinarmaßnahme" unbezahlte Strafarbeit verhängt worden war. Übrigens zeigte sich, daß im Widerstand gegen solche Erscheinungen an manchen Orten bereits Keimformen von revolutionären Zirkeln entstanden waren. Das Mürzzuschlager Zeltlager hat wichtige Vorarbeiten geleistet, um sie in absehbarer Zeit in einer gesamtösterreichischen revolutionären Jugendorganisation vereinigen zu können.

Es versteht sich von selbst, daß die vielgestaltige politische Tätigkeit des Lagerkollektivs den saturierten politischen Würdenträgern und Amtskappel-Inhabern der Obersteiermark gewaltig auf die Nerven ging und sie alle möglichen Versuche unternahmen, das Zeltlager durch Sabotage, Anfeindungen und Schikanen zu vertreiben. Da die teilnehmenden Jugendlichen polizeilich gemeldet werden mußten, war es teilweise möglich, deren Eltern unter Druck zu setzen oder ängstlich zu machen, ihre Söhne und Töchter ja nicht in das „Extremistenlager" zu lassen bzw. dort schon eingetroffene junge Menschen wieder zur Rückkehr nach Hause zu zwingen. Die örtliche Polizei verrenkte sich die Augen, vielleicht einen Fall von nicht in dichtem Gebüsch gewechselter Badehosen zu entdecken, mit dem sich etwa ein Verbot wegen "Gefährdung der Sittlichkeit" oder ähnliches hätte konstruieren lassen. Vergeblich. Dann kam man darauf, daß möglicherweise die "sanitären" Verhältnisse im Lager Grund zum Einschreiten geben oder die Lagerlatrine eine Belästigung für Urlaubsgäste und Spaziergänger der Umgebung sein könnte. Eine amtliche "Kommission" zur Untersuchung der "sanitären Verhältnisse" inspizierte das Zeltlager, konnte jedoch nichts wesentliches bemängeln, sodaß auch in dieser Richtung keine Handhaben zu finden waren.

Doch auch nach diesen vergeblichen Versuchen hörte der offene und geheime Kampf gegen das Zeltlager der jungen Leute nicht auf. Man wendete bloß schärfere Methoden an. So kam es zum ersten Versuch, die Lagerteilnehmer mit physischer Gewalt zu vertreiben: eine Gruppe aufgeputschter Pfadfinder und ÖVP-Jugendlicher versuchte einen Überfall auf das Lager, der jedoch zu läppisch war, um Erfolg haben



In einer NDP-Reklameschrift, der wir das obige Konterfei Dr. Norbert Burgers entnehmen (dort freilich ohne Kopfschmuck), stellt sich dieser Faschistenhäuptling folgendermaßen vor:

"Geboren in Kirchberg am Wechsel als Sohn des damaligen Großdeutschen Bürgermeisters. Gegen Kriegsende noch Freiwilliger an der Ostfront. Nach politischer Verfolgung... Laufbahn als Hochschullehrer ... Mehr als zwei Jahre in österreichischen Gefängnissen. In Italien in Abwesenheit zu 30 Jahren Kerker verurteilt... Ein echter, aufrechter und treuer Sohn unserer österreichischen Heimat und unseres deutschen Volkes."

**ACHTUNG! NEUE LESERDIENST-ZEITEN!**

Um unseren berufstätigen Lesern bessere Kontaktmöglichkeiten mit der Redaktion der "Roten Fahne" zu bieten, werden die bisher an jedem Donnerstag-Nachmittag abgehaltenen Leserdienst-Zeiten um zwei Stunden verlegt. Unser Leserdienst findet somit ab sofort regelmäßig zu den folgenden Terminen statt:

**jeden DIENSTAG von 15-18 Uhr**

**jeden DONNERSTAG von 17-20 Uhr**

Zu diesen Zeiten sind in unserem Lokal jeweils verantwortliche Mitarbeiter der RF bzw.

der MLPÖ anwesend, können Aussprachen vorgenommen, Meinungen ausgetauscht, kann Literatur bezogen werden usw. Auch Telefonanrufe empfehlen sich besonders zu diesen Zeiten.

Selbstverständlich stehen die Mitarbeiter der MLPÖ bzw. der "Roten Fahne" auch zu anderen Zeiten zur Verfügung, doch ist dazu eine Vereinbarung erforderlich, die ebenfalls am besten während der Leserdienst-Zeiten persönlich oder telefonisch (Telefon 92-33-88) erfolgen kann.

## Das Beispiel Altmann AG

Seit das Textilunternehmen "Altmann AG" vor etlichen Jahren seine Karriere begann, wurde es oft als Beispiel sowohl für die einem initiativen Unternehmer in Österreich offenstehenden Möglichkeiten als auch der Vorteile gelobt, welche die werktätige Bevölkerung aus der Regierungspolitik der Unternehmerförderung ziehe. Mit der Begründung, den industriell unterentwickelten Gebieten vor allem in Niederösterreich und im Burgenland tüchtige Unternehmer zuführen zu müssen, wurde die "Altmann AG" mit Krediten, Steuerbegünstigungen und anderen "Anreizen" überschüttet, protegiert und gefördert. So entfaltete sich von ihrem Stammbetrieb in Wien-Margareten aus das Altmannsche

(Fortsetzung gegenüber)

**Abonnieren Sie**

▼

**Rote Fahne**

Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (MLPÖ)

Erscheint monatlich

Jahresabonnement S 35,—

Auslandsabonnement S 45,—

Postscheckkonto Nr. 173.848

Zuschriften erbeten an Redaktion „Rote Fahne", Wien XV, Goldschlagstraße 64/5 — 1150

Tel. 92-33-88

zu können. Immerhin war er eine deutliche Warnung, womit man nun rechnen mußte.

Tatsächlich wurde der zweite Versuch der gewaltsamen Liquidierung des Lagers viel gründlicher vorbereitet. Er startete am 23.August. Seine Durchführung oblag einer fast 30-köpfigen Bande von NDP-Schlägern unter persönlicher Leitung des berüchtigten faschistischen Terroristen Dr.Norbert Burger.

Von ihren nächsten Stützpunkten, dem Jagdsitz des westdeutschen Großhändlers Horten und einem Semmeringer Hotel aus hatten Späher des NDP-Rollkommandos das Lager bereits einige Zeit beobachtet, um den günstigsten Zeitpunkt für den Überfall zu erkunden. Man wählte den Sonntagabend, für den eine Diskussion außerhalb des Lagers anberaumt worden war, sodaß man hoffen konnte, bloß die Lagerwache anzutreffen.

Als die teilweise mit Schutzhelmen ausgestattete und mit diversen Hieb- und Stichwaffen reichlich versorgte Burger-Bande das Lager überfiel, waren dort nur drei junge Genossen anwesend. Einer von ihnen verständigte sofort die Masse der Lagerteilnehmer, die anderen versuchten, so gut sie konnten, die Burgerfaschisten an der Zerstörung des Lagers zu hindern. Doch sie wurden niedergeschlagen. Die Burgerfaschisten rissen die Zelte nieder, zerschlugen Kochgeschirre und Ausrüstungen, zerschnitten mit ihren Messern Planen und Decken, überschütteten diese dann mit Petroleum und versuchten, alles in Brand zu stecken. Unter wildem Triumphgeschrei wurde der Fahnenmast des Lagers umgeworfen und die rote Fahne nach faschistischem Ritus verbrannt. Nur dem Umstand, daß infolge mehrfachen Regens die Zelte und ein Teil der Decken naß waren, ist es zu verdanken, daß die Burgerbande keinen größeren Brand zustandebrachte und noch am Werk war, als bereits die Masse der Lagerteilnehmer eintraf. In dem sich nun entspinnenden Kampf bezogen die Burgerfaschisten trotz ihrer besonderen Ausrüstung schwere Schläge. Einige von ihnen, die keinen anderen Ausweg mehr sahen, sprangen in die Mürz, um über das jenseitige Ufer das Hasenpanier ergreifen zu können. Burger selbst wurde nach einem mißglückten Fluchtversuch gefangen, in einen PKW verfrachtet und auf die Gendarmerie gebracht. Dieser faschistische Häuptling, der nur stark ist, wenn ihn eine größere Leibgarde bezahlter Schläger umgibt, erwies sich als erbärmlicher Feigling, der seine Identität leugnete, sich als "friedlicher Passant" auszugeben suchte und fast weinte vor Angst, die jungen Antifaschisten, die ihn gefangen hatten, würden ihn nicht bei der Gendarmerie, sondern an der italienischen Grenze absetzen, wo man ihn vielleicht weniger freundlich empfangen hätte als bei der österreichischen Exekutive.

"Bei der Gendarmerie ist der Mann dann gleich sehr freundlich empfangen worden. 'Oh, guten Tag, Herr Doktor Burger!', hat einer der Gendarmen gleich gegrüßt."

So frisch von der Leber weg schilderte das "Wiener Wochenblatt" vom 19.September den Empfang des faschistischen Terroristen durch die österreichische Exekutive. Ungewollt enthüllte es damit gleich auch das wichtigste Geheimnis der immer frecheren Provokationen Burgers und seiner NDP,

(Fortsetzung: ALTMANN)

Textil-Imperium. Es entstanden Zweigbetriebe in Zwettl, Leopoldsdorf, Mank, Rabenstein und Sankt Leonhard a. F. in Niederösterreich, burgenländische Zweigbetriebe in Eisenstadt, Pinkafeld und Güssing, ein Werk in Leoben usw.

Freilich, die sozialen Bedingungen, vor allem die Antreiberei, die Scharfmacherei der Direktion, die wissenschaftlich aufgezogene Auspowerung vor allem junger Frauen und Mädchen bei gleichzeitigen Schundlöhnen in den Altmann-Betrieben waren bald bekannter als die Strickwaren derselben Marke. Doch man tröstete die Betroffenen und ihre Betriebsräte: schließlich müssen die Kredite zurückgezahlt werden, die hohen Investitionen belasten die Werke, die notwendige Reklame werde immer kostspieliger usw. - Hauptsache doch, daß Ihr sichere Arbeitsplätze habt und Euer Lohn, wenn vielleicht auch nicht zur Ernährung einer Familie ausreichend, zumindest ein willkommener Zuschuß zum Verdienst des Mannes oder der Eltern ist, bei denen ein junges Mädchen noch wohnen mag. Im Lauf der Zeit werde schon alles besser werden.

Jetzt ist es so weit. Das Textilimperium Altmann befindet sich in einem Ausgleichsverfahren. Es bietet seinen Gläubigern an, sich mit 40 Prozent ihrer Forderungen zufriedenzugeben. Der Betrieb in Leopoldsdorf wurde bereits liquidiert, die Betriebe in Eisenstadt, Leoben und Zwettl verkauft (teilweise ans Ausland!), die Betriebe in Güssing und Pinkafeld zum Verkauf ausgeschrieben und die restlichen Werke, in denen die Beschäftigtenzahl in letzter Zeit ununterbrochen reduziert wurde, gehen laut Presseberichten "einem ungewissen Schicksal entgegen".

Hier muß man freilich differenzieren: Ungewiß ist sicher nicht das Schicksal der Aktionäre. Sie haben längst ihr Schäfchen ins Trockene gebracht und aus den Begünstigungen, die man ihnen gewährt hatte, jahrelang gigantische Profite gezogen. Ungewiß ist lediglich das Schicksal der zeitweilig mehr als 1000 Altmann-Beschäftigten. Nachdem man sie jahrelang rücksichtslos ausgequetscht hat, können sie nun sehen, wo sie bleiben.

Und das mitten in der Konjunktur! Was wird sich erst abspielen, wenn eine kapitalistische Krise eintritt?!

nämlich ihre liebevolle Förderung und Ermunterung durch Polizei und Justiz. Selbstverständlich hat die Gendarmerie ihren "Herrn Doktor", gegen den ja bloß solche Kavaliersdelikte wie Anstiftung zu schwerer Körperverletzung, böswillige Sachbeschädigung, versuchte Brandstiftung, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch usw. vorlagen, sogleich seiner Wege gehen lassen, während die von seiner Bande überfallenen Lehrlinge und Jungarbeiter bis in die späten Nachtstunden festgehalten und verhört wurden. Dieselben zu dem Bombenburger so zuvorkommenden Behörden verhafteten außerdem einen aus Frankreich stammenden Lagerteilnehmer und verfügten seine zwangsweise Abschaffung aus Österreich. Es war ein neuer Anschauungsunterricht: auch unter dem Kommando von SPÖ-Ministern zieht die Polizei und Justiz in Österreich vor gewalttätigen, auf frischer Tat ertappten Faschisten artig den Hut, greift aber energisch durch gegen sich wehrende Antifaschisten.

Zweifellos werden diese aus solchen Erfahrungen lernen. Sie werden nicht nur immer besser verstehen, was sie von dem in unserem Land bestehenden politischen System zu halten haben und wie unverkennbar dieses System die Tendenz zum Faschismus in sich trägt, sondern auch erkennen, wie dringend notwendig es ist, die Selbsthilfe gegen den Faschismus zu organisieren. Bei ihren nächsten Provokationen dürfen die Faschisten nicht mehr so relativ billig davonkommen!




"RECHTSSTAATLICHE" METAMORPHOSE

## Marek-West, Aaron-Taft, Garaudy-Tillon usw.

Die Zersetzung und der Zerfall im internationalen revisionistischen Lager nimmt immer seltsamere Formen an. Am 9. September 1970 veröffentlichte die Moskauer "Neue Zeit" einen Artikel ihrer übelsten Kreaturen, der tschechoslowakischen Husak-Clique, aus welchem hervorgeht, daß die revisionistische "KP Australiens" - bislang ein Lieblingskind und Musterschüler des Chruschtschowrevisionismus - in Verschiß geraten ist. Erstaunlich ist dabei, daß die in Prag sitzenden Papageien Breshnews ihren nun angefeindeten australischen Seelenverwandten unter Führung der Aarons und Tafts ausgerechnet einige jener revisionistischen Verbrechen vorwerfen, die erst unter massivem Druck aus Moskau und der von Chruschtschow befehligten "Säuberung" der australischen Partei von allen revolutionären Kräften zustandegekommen sind.

Anscheinend ist diese Methode kein Einzelfall. Das geht nicht nur aus der jüngsten Geschichte der KPÖ und aus den Beispielen Marek, West, Lauscher usw. hervor, die nun auf dem Misthaufen gelandet sind, den sie selber jahrelang so eifrig erzeugt hatten. Auch die revisionistische KP Frankreichs liefert dafür immer mehr Anschauungsmaterial. Aus der KPÖ-"Volksstimme", in der die lupenreinsten österreichischen Husaks jetzt ganz unter sich sind, erfuhr man am 24. Juli, daß in der revisionistischen KPF nach dem Streit mit Garaudy nun ein heftiger Konflikt

mit Tillon entstanden ist. Nach der Darstellung der "Volksstimme" sind beide sehr üble Renegaten, womit wir sogar übereinstimmen. Doch es fragt sich: wer und was hat sie dazu gemacht? Und wieso erinnert man sich ihres Renegatentums erst im gegenwärtigen Moment? Allein schon dieser Zeitpunkt macht klar, daß es garnicht um das längst bekannte Renegatentum dieser Herrschaften geht, sondern bloß um ihre jetzt offen hervorgekommene Absicht, das Geschäft mit dem Kapitalismus auf eigene Faust und unter Umgehung der Moskauer Zwischenhändler zu machen. Darüber - und nur darüber - empören sich die diversen Husaks!

Das Gedächtnis der Revisionisten, die sich als Vasallen der Kremlführer mehr und stabilere Gewinne erwarten als aus "selbständigem" Prinzipienhandel, erinnert an das eingefrorene Posthorn des Freiherrn von Münchhausen. Sie entdecken im Jahre 1970, daß es eben Tillon war, der als frischgebakkener KPF-Minister für zivile und militärische Luftfahrt im Jahre 1945 Bombenflugzeuge gegen die algerische Zivilbevölkerung einsetzen ließ, wobei laut "Volksstimme" vom 24. Juli "mehr als 10.000 Menschen getötet wurden". Erst jetzt, 25 Jahre nachher, fällt Herrn Fürnberg bzw. seinen französischen Artgenossen das ein? Und die KPF-Führung hat ein solches chauvinistisches Verbrechen nicht gehindert, Tillon über ein Vierteljahrhundert lang als revolutionäres Prachtstück zu feiern und ihm viele Jahre hindurch Sitz und Stimme in ihrem Politischen Büro einzuräumen?

Was ist das für eine Methode, Leute, die oft sogar eine wirklich revolutionäre Vergangenheit hatten, zuerst in antimarxistische Verbrechen zu verstricken, sie dann jahrelang als Ankläger gegen den sogenannten "Stalinismus" und als Knüppel gegen aufbegehrende Genossen zu beklatschen, schließlich aber - sollten sie widerspenstig werden - eben wegen jener Verbrechen anzuklagen, die man ihnen selbst nahegelegt, ermöglicht und anbefohlen hatte.

Mag sein, daß bescheidene Menschen eine gewisse Genugtuung darin erblicken können, Zeuge zu werden, wie eine Reihe von Einpeitschern und Handlangern des revisionistischen Verrats am Ende von Säuberern zu Gesäuberten, von Exekutoren zu Exekutierten werden. Aber es ist ein sehr schwacher Trost angesichts der Tatsache, daß sich diese revisionistischen Bocksprünge und prinzipienlosen Balgereien auf dem Rücken der mühsam um die Erfüllung ihrer historischen Aufgabe ringenden proletarischen Bewegung abspielen und ihre höchsten Ideale in den Schmutz ziehen. Es gibt heute keine dringendere Aufgabe als die, das Krebsgeschwür des Revisionismus in allen seinen Erscheinungsformen auszubrennen.

# Immer solidarisch mit dem bewaffneten Kampf des palästinensischen Volkes

AUS EINEM REFERAT DES 1. SEKRETÄRS DER MLPÖ

Zugleich mit dem Start des neuesten amerikanisch-sowjetischen Plans zur Niederschlagung des palästinensischen Widerstandes gegen die israelische Aggression haben auch die vor einer breiten bewaffneten Massenbewegung zitternden Elemente und Klassen in den arabischen Ländern konzentrierte Versuche unternommen, die weitere Revolutionierung der arabischen Massen unter allen Umständen zu verhindern - auch um den Preis des Verrats der arabischen nationalen Interessen an die von den US-Imperialisten gegängelten israelisch-faschistischen Okkupanten. Als ein ausführendes Organ dieser Elemente, vor allem aber unter dem massiven Druck der sowjetisch-revisionistischen Führer hat Nasser eine Reihe von Maßnahmen gegen die palästinensischen Befreiungsorganisationen unternommen (Sperrung ihrer Sender und Zeitungen auf dem Gebiet der VAR, Anhaltungen und Ausweisungen usw.), während in der palästinensischen Befreiungsbewegung selbst einige kompromißlerische Elemente einen Vorstoß unternommen haben. Daß sie es in einem so kritischen Moment taten und daß sie gerade jene wichtigen Aktionen in Zweifel zu stellen versuchten, mit denen die ganze Weltöffentlichkeit aufmerksam gemacht werden sollte, daß das palästinensische Volk nicht bereit ist, sich verschachern zu lassen, war kein Zufall und verriet eine geschickte Regie.

Naturgemäß spitzt sich der Kampf besonders dort zu, wo sich das Gros der Kämpfer der palästinensischen Befreiungsbewegung befindet, nämlich in Jordanien. Der jordanische König Hussein, eine üble Kreatur des angloamerikanischen Imperialismus, gedenkt - jetzt oder nie - nicht nur zum entscheidenden Schlag gegen die bewaffneten palästinensischen Organisationen auszuholen, sondern auch das gegen seine feudale Ausbeutung kämpfende jordanische Volk selbst Mores zu lehren. Die von den US-Imperialisten bis zu den sowjetischen Revisionisten reichende weltweite Propagandakampagne gegen die palästinensischen Patrioten, ihre wilde Beschimpfung als "Extremisten", die zum Schaden des arabischen



Israel laut UNO-Beschluß 1947



Israel nach seinem ersten Krieg, 1948



Israel nach seinem "Blitzkrieg" 1967

UND DIESE VOM IMPERIALISMUS GEFÜTTERTEN LANDRÄUBER SPIELEN SICH ALS "VERFOLGTE" AUF!

Volkes eine gerechte Lösung des Konflikts hintertreiben, als "professionelle Terroristen", "Mörder", "Kidnapper", "Gangster" usw., die angeblich der Sache der Palästinenser selbst am meisten schaden, sowie als "Kriegsfanatiker", die am liebsten die ganze Welt in Brand stecken wollten usw. - alle diese millionenfach in die Welt geschleuderten Lügen und Verleumdungen kommen Hussein und Konsorten höchst gelegen. Auf der Welle dieser imperialistischen Kampagne reitend, hat Hussein sogleich die Mär erfunden, die palästinensischen Patrioten hätten einen heimtückischen Anschlag gegen sein Leben unternommen, dem er nur durch eine glückliche Fügung entronnen sei. Der Zweck ist ganz klar: die rührselige Geschichte soll die blutigen Attacken von Husseins Polizei und Militär gegen das eigene Volk und gegen die im Lande lebenden Palästinenser rechtfertigen, die Kleinbürger und Mittelschichten an die Seite der Reaktion treiben und die Kapitulation vor den israelischen Landräubern als das kleinere Übel hinstellen. Wem das bis dahin noch nicht klar war, dem mußte zumindest der jüngste Militärputsch Husseins die Augen öffnen, mittels dessen der blutbesudelte Playboy ein Militärregime installiert hat, das nun in Jordanien zugunsten der Reaktion reinen Tisch machen soll.

Allerdings, auch diesmal werden die Pläne der Hussein und Konsorten am Ende scheitern. Keine Gewaltmaßnahme und keine Intrige, keinerlei Diversionsakte und Spaltungsmanöver, wie raffiniert sie auch eingefädelt sein mögen, werden die arabischen Völker zum Verzicht auf ihre nationalen Interessen, das palästinensische Volk zum Niederlegen der Waffen verleiten können, die allein seine Befreiung garantieren können. Der gerechte nationale Befreiungskrieg der palästinensischen Patrioten ist nicht nur die einzige Möglichkeit für die hunderttausenden aus ihrer Heimat verjagten, gequälten und geschundenen Palästinenser, zu einem menschenwürdigen Leben zu gelangen, sondern auch eine Existenzfrage für die ganze arabische Nation. Nichts und niemand kann diese Tatsache aus der Welt schaffen.

## ZU DEN FLUGZEUGENTFÜHRUNGEN

Wie immer, wenn es für sie um besonders wichtige Dinge geht, bedient sich die reaktionäre Propaganda der demagogischesten Mittel der Massenverdummung; sie erfindet tausend rührselige Geschichtchen, erzählt die tragischesten Episoden, zeigt Bilder verschüchterter Kindchen, weinender Frauen und hilfloser Greise, kurz, sie drückt mit allen Mitteln auf die Tränendrüsen und organisiert das Massenmitleid für ausschließlich eine Seite. Die Flugzeugentführungen der jüngsten Zeit zeigen diese Methode in besonders krasser Form.

Worum geht es bei den Flugzeug-Entführungen? Es handelt sich um Ereignisse an der Peripherie einer erbitterten militärischen Auseinandersetzung, eines Krieges, der wie jeder Krieg auch viele nicht unmittelbar beteiligte Menschen berührt und miteinbezieht. Für die Opfer, die ein solcher Krieg kostet und auch für die Auswirkungen, die er auf zahllose "unbeteiligte" Menschen hat, sind ausschließlich jene verantwortlich, die den Krieg ver-


Wie sie SS haust die israelische Soldateska in den von ihr in drei räuberischen Kriegen besetzten arabischen Gebieten

schulden. Das arabische Volk, speziell die palästinensischen Patrioten, führen einen gerechten Befreiungskrieg, den ihnen der angloamerikanische Imperialismus mit Hilfe seiner israelischen Büttel aufgezwungen hat. Dieser Imperialismus und seine Büttel - und ausschließlich sie - müssen angeklagt werden, wo immer es um Begleiterscheinungen und Folgen dieses Krieges geht!

Geht es jenen, die sich jetzt so sehr über die Strapazen, Ängste und Beschwernisse ereifern, denen einige Dutzend Passagiere israelischer oder mit Israel kollaborierender Luftfahrt-Gesellschaften unterworfen waren oder noch sind, denn überhaupt um diese Menschen selber, um echte humanistische Gefühle, um wirkliches Mitleid? Wir bestreiten das! Denn warum haben ihnen dann die 47 ägyptischen Kinder, die am 8. April dieses Jahres bei einem israelischen Luftangriff mit Napalmbomben gegen die Volksschule von Bahr-el-Bakar bei lebendigem Leib verbrannt wurden, nicht einmal ein Tausendstel der Tränen entlockt, die sie jetzt über die schlechten sanitären Verhältnisse bei entführten El-Al-Passagieren vergießen? Warum zeigen sich diese Leute so herzlich wenig am Schicksal jener Hunderten von den israelischen Behörden willkürlich zusammengefangenen Araber interessiert, an denen Israel "furchtbare Vergeltung" verspricht? Warum weinen diese einseitigen "Humanisten" nicht über das entsetzliche Elend in jenen Wellblechbaracken und Erdlöchern in der Wüste, in denen hunderttausende von den Israelis vertriebene Araber mit ihren Frauen und Kindern qualvoll vegetieren müssen - nicht einige Tage lang, sondern schon eine ganze Generation hindurch? Sind dort etwa nur die Wasserklosetts verstopft? Dabei reden wir garnicht von dem, was tagtäglich in Vietnam, in einer Reihe von Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas an imperialistischen Verbrechen verübt wird und wogegen die Kritiker der Flugzeugentführer so merkwürdig unempfindlich sind. Wir sprechen ihnen das Recht ab, sich auf humanistische Begriffe und Gefühle zu berufen!

Man könnte einwenden, daß man zwischen den Bürgern eines in einen Krieg verwickelten Landes und den Bürgern dritter Länder streng unterscheiden müsse. Doch abgesehen davon, daß eine solche nach der Staatsbürgerschaft dosierte Humanität höchst unglaubwürdig ist und wir nicht mehr in einer Zeit leben, in der sich die Auswirkungen eines größeren Krieges einfach auf den unmittelbaren Kriegsschauplatz beschränken lassen - zehntausende Bürger nichtbeteiligter Staaten, darunter natürlich viele Frauen und Kinder wurden während des 2. Weltkriegs in den Tod gebombt oder torpediert, einfach weil sie auf Schiffen saßen, die eines der in den Krieg einbezogenen Länder anlaufen wollten oder dessen verdächtigt wurden! - ganz abgesehen von all dem sind ja eine ganze Menge westlich-kapitalistischer Länder bis zum Hals in den Krieg im Nahen und Mittleren Osten verstrickt! Ohne massive politische und materielle, wirtschaftliche und militärische Unterstützung durch sie könnte sich der israelische Militarismus keine Woche lang halten, könnte ein Land mit 2,6 Millionen Einwohnern niemals fast 100 Millionen Arabern den Krieg ansagen und ihnen der Reihe nach Gebiete entreißen, die mehrmals die Größe des ursprünglichen israelischen Brückenkopfs erreichen. Die kapitalistischen und imperialistischen Länder aber, deren schmutzige Finger man überall im Nahen und Mittleren Osten am Werk sieht, können nicht dessenungeachtet erwarten, daß man vor ihnen als angeblich "Unbeteiligte"



Von den Israelis niedergemetzelte Palästinenser - die Imperialisten und Revisionisten, die sich so wegen der Flugzeugentführungen empören, gehen über solche Bilder mit einem Achselzucken hinweg; erst der Inhaber eines westlichen Passes gilt bei ihnen als Mensch.

und "Neutrale" den Hut ziehen wird.

Selbstverständlich, für die von gewissen Auswirkungen des israelisch-arabischen Kriegs betroffenen Menschen in dritten Ländern kann und wird weiter mancherlei persönliche Tragik entstehen. Daß sie keinesfalls Opfer "blinden Fanatismus" und "sinnlosen Terrors" sind, wie ihnen eingeredet wird, sondern Betroffene der Fernwirkung des Lebenskampfes eines mit bewundernswerter Entschlossenheit und Tapferkeit kämpfenden Volkes, ändert zwar nichts an manchen individuellen Härten und Drangsalen, ist aber zur richtigen Einschätzung der Ereignisse äußerst wesentlich. Es ist auch wesentlich für die Erkenntnis, daß es nur ein Mittel gibt, diese Auswirkungen zu beseitigen, den Sieg der gerechten Sache des palästinensischen Volkes.

Gerade die wüste Hetze, die jetzt von Washington bis Moskau, von Hussein bis Muhri gegen die palästinensischen Patrioten entfaltet wird, veranlaßt uns österreichische Marxisten-Leninisten, mit aller Deutlichkeit zu wiederholen und zu unterstreichen: Mit aller Entschiedenheit weisen wir die demagogischen "Nahost-Projekte" der US-Imperialisten, der sowjetischen Revisionisten und ihrer Handlanger als gefährliche Betrugsmanöver am palästinensischen Volk zurück! Empört verdammen wir die verleumderische Hetze gegen die heroischen Kämpfer zur Befreiung Palästinas, eine Hetze, die den blutigen Provokationen aller Reaktionäre von Dayan bis Hussein gegen die palästinensischen Patrioten den Schein einer Rechtfertigung geben soll. Uneingeschränkt erklären wir uns solidarisch mit dem palästinensischen Volk, das mutig auf dem Weg des bewaffneten Widerstandes, des revolutionären Volkskrieges weiterschreitet, der es unbedingt zum Sieg führen wird.

(17. September 1970)

# Im „Lager Husseins vereint"

Just in dem Augenblick, in dem das vom jordanischen König Hussein eingesetzte faschistische Generalsregime ein wildes Gemetzel gegen die palästinensischen Patrioten begonnen hat, um ihren Widerstandskampf gegen die israelische Aggression in einem Meer von Blut zu ersticken, eben in diesem Moment sieht sich das Zentralorgan der revisionistischen KPÖ veranlaßt, auf die Schuld hinzuweisen, die seiner Meinung nach bei den - Palästinensern liegt! Zwar falle es ihr schwer, doch müsse sie leider daran erinnern, daß einige Organisationen der palästinensischen Befreiungsfront (nämlich die revolutionärsten!) "zur Schaffung eines Klimas beigetragen haben, in dem der kalte Generalsputsch in Jordanien möglich wurde"!

In Jordanien führt die revolutionäre Vorhut der arabischen Völker einen heroischen und opfervollen Zweifrontenkrieg gegen die faschistischen Militärs Husseins und den Druck des virulentesten Militarismus der Gegenwart, den israelischen, aber in der sogenannten "Volksstimme" spitzt eine österreichische Golda Meir den Bleistift und sticht damit gegen die palästinensischen Patrioten.

Wir kennen dieses demagogische "einerseits-andererseits" schon gut, das immer dann auftaucht, wenn faschistische Henker gegen die revolutionären Kräfte ans Werk gehen. Hieß es denn nicht schon seinerzeit, an dem "Klima", in dem der Faschismus entstand, seien die Kommunisten und "Linksextremisten" schuld gewesen? Waren nicht die Ermordeten "selber schuld", als 1927 in Schattendorf die Heimwehr in eine Arbeiterdemonstration schoß? Warum haben sie denn demonstriert und dadurch das "politische Klima angeheizt"? Immer hat die Konterrevolution und der offen oder heimlich an ihrer Seite stehende Klüngel versucht, für reaktionäre Bluttaten die davon Betroffenen verantwortlich zu machen. Neu ist allerdings, daß diese gemeinste und zynischeste aller Verdrehungen nun auch vom Zentralorgan einer sich immer noch "kommunistisch" nennenden Partei propagiert wird.

Die Haltung der "Volksstimme" ist übrigens eine überzeugende Bestätigung dessen, was am Tag zuvor, am 17. September, die großbürgerliche "Presse" über die eingestandenen und uneingestandenen Sympathien für Husseins blutige Aktivität bemerkte:

"Gelingt es dem König, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, kann sein Land zu einem stabilisierenden Faktor im Unruheherd werden ... Darum weiß Hussein auch, so paradox es klingen mag, Ost wie West, ja selbst die Erbfeinde Israel und Ägypten, im Geist in seinem Lager vereint."

So buntscheckig die Absichten und Wünsche von Washington bis Moskau, von Dajan bis Nasser, von Golda Meir bis Eva Priester im einzelnen auch sein mögen - in der Hauptrichtung sind sie sich einig: gegen die palästinensische Befreiungsbewegung. Wäre man sie los, so könnte im Nahen Osten heute jedes beliebige Verbrechen und auch der unverschämteste Schacher denkbar werden.

# 2. Plenartagung des IX. ZK der KP Chinas

Wie die chinesische Nachrichtenagetur HSINHUA am 6. September bekanntgab, fand in der Zeit vom 23. August bis 6. September 1970 die Zweite Plenartagung des vom IX. Parteitag gewählten Zentralkomitees der KP Chinas statt. An der Tagung, bei der Genosse Mao Tsetung persönlich den Vorsitz führte, nahmen insgesamt 255 Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees teil und führten zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung lebhafte Diskussionen durch. Genosse Mao Tsetung und Genosse Lin Biao hielten auf der Tagung wichtige Reden.

Das Ergebnis des Plenums wurde in einem Kommunique zusammengefaßt, das die großen Erfolge hervorhebt, die seit dem IX. Parteitag bei der Erfüllung der von ihm gestellten Aufgaben erzielt wurden. Die großen Kampfbewegungen auf ideologisch-politischem Gebiet ("Schließt euch zusammen, um noch größere Siege zu erringen!", Bewegung "Kampf-Kritik-Umgestaltung", Bewegung gegen Konterrevolutionäre, gegen Unterschlagung und Diebstahl, gegen Spekulation und Verschwendung, usw.) sind zügig vorwärtsgegangen und entwickeln sich in die Tiefe. Im Sturm der revolutionären Kritik durch die Massen werden die Überreste der verderblichen Einflüsse der konterrevolutionären revisionistischen Linie des Verräters

Liu Shao-shi hinweggefegt, hat sich das politische und Klassenbewußtsein der werktätigen Massen, ihr revolutionärer Enthusiasmus und ihr schöpferischer Geist entfaltet, sind Revolution und Produktion mächtig vorangekommen.

In der sozialistischen Landwirtschaft Chinas wurden in acht aufeinanderfolgenden Jahren reiche Ernten eingebracht und ist auch in diesem Jahr eine solche zu erwarten. Industrieproduktion und Investbau entwickeln sich in raschem Tempo. Die Massenbewegung für technische Neuerungen schreitet voran. Der Start des ersten künstlichen Erdsatelliten Chinas kennzeichnete die Erreichung eines neuen Niveaus in Wissenschaft und Technik. Im ganzen Land sind die Preise stabil und floriert der Markt. An der ganzen Wirtschaftsfront ist die Lage ausgezeichnet.

Die Volksbefreiungsarmee, die Volksmiliz und das ganze Volk haben, um das Land gegen Aggressionen von seiten der Imperialisten oder Sozialimperialisten zu schützen, die Vorbereitungen auf den Fall eines Krieges in ideologischer, materieller und organisatorischer Hinsicht noch mehr verstärkt. Die Diktatur des Proletariats ist im Lande gefestigter denn je. Die sozialistische Revolution und der sozialistische Aufbau nehmen einen neuen Aufschwung.

Das Kommunique der Plenartagung widmet einen wichtigen Abschnitt der Charakterisierung der gegenwärtigen internationalen Situation. Dabei unterstreicht es die Bedeutung des feierlichen Aufrufes des Genossen Mao Tsetung vom 20. Mai 1970 "Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, besiegt die US-Aggressoren und alle ihre Lakaien!" und zitiert die Worte Mao Tsetungs:

"Die Gefahr eines neuen Weltkriegs bleibt immer noch bestehen, und die Völker aller Länder müssen dagegen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution."

Das Plenum beschloß, den IV. Nationalen Volkskongreß einzuberufen und Vorbereitungen für seine Durchführung zu treffen. Es bestätigte den Bericht des Staatsrates über die Landesplanungskonferenz und über den Volkswirtschaftsplan 1970, desgleichen einen Bericht der Militärkommission des Zentralkommitees über die Verstärkung der Vorbereitungen auf einen Kriegsfall.

---

### AUS ENVER HODSCHAS REDE AUF DER MOSKAUER KONFERENZ 1960:

# NEHMT EURE REVISIONISTISCHE BRILLE AB!

Kürzlich erschien im albanischen Staatsverlag der Band III der Serie "PdA - wichtigste Dokumente", der auch die bis dahin unveröffentlicht gebliebene historische Rede Enver Hodschas auf der Konferenz der 81 Parteien vom November 1960 in Moskau enthält. Diese Rede ist ein Schlüsseldokument zum Verständnis der Geschichte des Kampfes zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus, zugleich ein grandioses Zeugnis des politischen Weitblicks, der marxistisch-leninistischen Prinzipientreue und der revolutionären Unbeugsamkeit der albanischen Kommunisten.

Vorläufig ist nicht abzusehen, wann eine authorisierte deutsche Übersetzung der Rede erscheinen wird. Da wir sie unseren Lesern aber so rasch als möglich zugänglich machen wollen, haben wir selbst mit der Übersetzung begonnen und bringen nachstehend das Vorwort der Herausgeber sowie einen ersten Teil der Rede selbst. (Titel und Hervorhebungen stammen von uns.)

DIE REDAKTION



## VORWORT

In seiner Rede auf der Konferenz der 81 Kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau im November 1960 nahm Genosse Enver Hodscha eine allseitige Analyse der Hauptprobleme vor, mit denen die internationale kommunistische Bewegung konfrontiert war, und verteidigte entschlossen den Marxismus-Leninismus. Diese Rede kennzeichnet eine der wichtigsten Phasen in dem prinzipienfesten Kampf, den die Partei der Arbeit Albaniens (PdA) begonnen hatte, um den modernen Revisionismus zu entlarven und die Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zu verteidigen und zu festigen.

Der Kampf der PdA gegen die Abweichungen der chruschtschowistischen sowjetischen Führerschaft begann unmittelbar nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Obwohl dieser Kampf in seinen Anfängen nicht direkt und öffentlich geführt wurde, hatte die PdA dem Zentralkomitee der KPdSU alle ihre Vorbehalte und Einwände auseinandergesetzt. Die PdA versuchte auf jede erdenkliche Weise, die öffentliche Publizierung ihrer

Differenzen mit der Führung der KPdSU zu vermeiden, um nicht den Feinden des Kommunismus Waffen in die Hand zu geben. Allerdings waren ihr zu dieser Zeit die wirklichen Absichten Chruschtschows noch nicht bekannt, weshalb sie versuchte, die Differenzen durch Gespräche und Konsultationen in kameradschaftlichem Geist beizulegen. Selbst einen prinzipienfesten Standpunkt einnehmend, erstrebte und erhoffte die PdA, die sowjetischen Führer würden ihre Fehler erkennen und wieder den richtigen Weg einschlagen.

Doch mehr und mehr wurde der PdA das wirkliche verräterische Wesen der sowjetischen Revisionisten klar. Je mehr sich deren Verrat enthüllte, umso heftiger und unversöhnlicher wurde der Kampf, den die PdA gegen den Chruschtschow-Revisionismus führte, um ihn vollständig bloßzustellen und zu zerschlagen.

Auf der Bukarester Konferenz im Juni 1960 trat die PdA offen und offensiv hervor, um die marxistisch-leninistischen Prinzipien zu verteidigen. Sie rief den Chruschtschow-Revisionisten ein lautes "Halt!" entgegen, als diese versuchten, ein gefährliches Komplott gegen die KP Chinas und gegen die ganze internationale kommunistische Bewegung zu inszenieren.

Nach der Bukarester Konferenz starteten die sowjetisch-revisionistischen Führer einen brutalen Angriff gegen die PdA, mit dem Ziel, sie auf eine Linie mit ihnen und mit ihren Taten zu zwingen. In dieser Situation wurde die PdA restlos von der Notwendigkeit überzeugt, ihr prinzipientreues Festhalten an allen Grundsätzen der internationalen kommunistischen Bewegung mit äußerstem Mut und größter Entschlossenheit fortzusetzen. Das machte sie auf der Konferenz in Moskau im November 1960.

In seiner Rede auf dieser Konferenz unterbreitete Genosse Enver Hodscha offen, schonungslos und mit revolutionärem Mut den prinzipiellen Standpunkt der PdA zu jenen Hauptfragen der internationalen kommunistischen Bewegung, in welchen Differenzen entstanden waren. Er kritisierte in schärfster Weise die revisionistische Gruppe N.Chruschtschows, sowohl hinsichtlich ihrer falschen und antimarxistischen Theorien und Aktionen, als auch wegen ihrer brutalen Einmischung in die inneren Verhältnisse der PdA und wegen der wilden Attacken gegen sie.

Die PdA übte diese absolut prinzipientreue Kritik an den sowjetischen Führern, um die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung und des sozialistischen Lagers zu verteidigen, die nicht verwirklicht werden kann ohne Aufdeckung von Fehlern und parteifremden Manifestationen, ohne deren eindeutige Verurteilung und Korrektur entsprechend den marxistisch-leninistischen Normen.

Die Chruschtschowisten taten auf der Moskauer Konferenz ihr Äußerstes, um die Kritik an ihren revisionistischen Auffassungen und Diversionsakten zu entkräften. Doch ihr Bemühen war vergeblich.

Angesichts der entschiedenen und prinzipienfesten Haltung der PdA zu den Problemen, vor denen sich die internationale kommunistische Bewegung befand und nach den Ausführungen der chinesischen Delegation waren die Vertreter aller an der Konferenz teilnehmenden Parteien gezwungen, sich entweder für den einen oder für den anderen Weg auszusprechen. Vor eine solche Lage gestellt, versuchten die Revisionisten, die Aufmerksamkeit der Delegierten von den prinzipiellen Fragen wegzulenken und die Konferenz in eine Arena bösartiger Attacken gegen die PdA Albaniens und die KP Chinas zu verwandeln. Doch auch dieser Versuch schlug fehl. Der prinzipienfeste internationalistische Standpunkt der PdA zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus und der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung wurde von der KP Chinas und von den Delegierten etlicher anderer Parteien unterstützt. Die Chruschtschow-Revisionisten sahen sich gezwungen, zurückzustecken.

Die Rede des Genossen Enver Hodscha war ein entscheidender Beitrag zu dem erfolgreichen Ergebnis der Moskauer Konferenz. Dank des entschiedenen Kampfes der KP Chinas, der PdA Albaniens und einiger anderer Parteien wurde die D e k l a r a t i o n angenommen. In dieser Deklaration waren wohl gewisse unrichtige Schlußfolgerungen und fehlerhafte Thesen enthalten. Ihnen standen die Auffassungen der PdA diametral gegenüber, was diese auf der Konferenz auch offen ausdrückte. Angesichts der Richtigkeit des Inhalts der Deklaration im allgemeinen aber unterzeichnete die Delegation der PdA dieses Dokument. Während sie bereit war, im Interesse der Einheit in Detailfragen Konzessionen zu machen, war die PdA nicht bereit, Konzessionen irgendeiner Art in den Hauptfragen zu machen, welche die Grundprinzipien

des Marxismus-Leninismus betrafen.
Die PdA Albaniens war der Meinung, daß die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung hergestellt werden könnte, falls jede Partei die Deklaration redlich befolgt, und daß die Differenzen beizulegen wären einfach durch Befolgung der Normen, welche den Beziehungen zwischen marxistisch-leninistischen Parteien zugrundeliegen - ohne daß man die Differenzen vor den Feinden des Sozialismus publik macht. Das ist der Grund, warum es die PdA zunächst unterließ, die Rede des Genossen Enver Hodscha auf der Moskauer Konferenz zu veröffentlichen, allerdings streng darauf bestehend, daß die dort angenommene Deklaration auch eingehalten wird.

Die Rede des Genossen Enver Hodscha auf der Moskauer Konferenz zeigte klar, daß die PdA Albaniens nun entschlossen war, eine offene Schlacht gegen die bourgeoise und revisionistische Ideologie zu wagen - wenngleich diese Schlacht zu dieser Zeit noch nicht jene Breite und Tiefe erlangte, die sie später erreichte, in logischer Folge der Zuspitzung des Kampfes zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus und der Degeneration der sowjetisch-revisionistischen Führer in eine Bande von Renegaten und Verrätern des Sozialismus. Das ganze Dokument trägt den Stempel der Zeit und der Umstände, unter denen es geboren wurde. Seine Veröffentlichung erfolgt ohne jedwede Abänderung.

## FRIEDLICHE KOEXISTENZ UND KLASSENKAMPF

Die Partei der Arbeit Albaniens (PdA) ist der Meinung, daß der Imperialismus - zuerst und vor allem der US-Imperialismus - aus seiner Haut nicht herauskann, daß er seine Farbe und sein Wesen nicht geändert hat. Er ist aggressiv und er wird aggressiv bleiben, solange auch nur ein einziger Zahn in seinem Maul verblieben ist. Und entsprechend seiner aggressiven Natur kann er die Welt in einen Krieg stürzen. Daher bestehen wir darauf - wie wir schon in der Sitzung des Redaktionskomitees ausgeführt haben - allen Völkern restlos klarzumachen, daß es keine absolute Garantie gegen einen Weltkrieg gibt, solange der Sozialismus nicht in der ganzen Welt oder zumindest im Großteil aller Länder gesiegt hat. Die US-Imperialisten machen kein Geheimnis aus ihrer Weigerung, abzurüsten. Sie treiben ihre Aufrüstung und Kriegsvorbereitung vorwärts, daher müssen wir auf der Hut sein.

Wir dürfen dem Feind keinerlei prinzipielle Konzessionen machen, wir dürfen keinerlei Illusionen über den Imperialismus zulassen, denn das würde die Dinge, trotz all unserer guten Absichten, nur zum Schlechten wenden. Außer der materiellen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung gegen uns hat der Feind auch eine hemmungslose Propaganda begonnen, um die Gehirne der Menschen zu benebeln und ihr Denken zu lähmen. Er gibt Millionen von Dollars aus, um Akte der Spionage, der Diversion und der Gewalt gegen unsere Länder zu organisieren. Der US-Imperialismus verwendete und verwendet Unsummen für seine gefügigen Agenten, für die verräterische Tito-Bande. Er macht all das mit dem Ziel, unsere internationale Front zu schwächen, Spaltung zu säen, unser Hinterland zu unterminieren und zu desorganisieren.

Hier ist eine Menge über friedliche Koexistenz gesagt worden; einige gingen sogar so weit, die alberne Behauptung aufzustellen, die Volksrepubliken China und Albanien seien angeblich Gegner der friedlichen Koexistenz. Anscheinend muß man solche falschen und gefährlichen Behauptungen ein für allemal zurückweisen. Es kann keinen sozialistischen Staat und keinen Kommunisten geben, der friedliche Koexistenz ablehnte, der ein Kriegstreiber wäre. Der große Lenin war der erste, der das Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verschiedener gesellschaftlicher Ordnung als eine objektive Notwendigkeit hervorgehoben hat, solange sozialistische und kapitalistische Staaten nebeneinander in der Welt existieren. Diesem großen Prinzip Lenins getreu hat unsere PdA stets die Politik der friedlichen Koexistenz befolgt und wird sie stets befolgen, entsprechend den vitalen Interessen aller Völker und entsprechend dem Ziel der weiteren Konsolidierung der Positionen des Sozialismus. Daher ist dieses Leninsche Prinzip die Grundlage der ganzen Außenpolitik unserer Volksmacht.

Friedliche Koexistenz zwischen zwei gegensätzlichen Systemen setzt aber nicht voraus - wie das die modernen Revisionisten hinstellen - , daß der Klassenkampf aufgegeben wird. Im Gegenteil - der Klassenkampf muß fortgesetzt werden, der politische und ideologische Kampf gegen den Imperialismus, gegen die bourgeoise und revisionistische Ideologie muß sogar noch intensiver geführt werden. In unserem beharrlichen Kampf zur Gewährleistung der Leninschen friedlichen Koexistenz bei gleichzeitiger Ablehnung aller prinzipiellen Konzessionen an den Imperialismus, müssen wir sowohl den Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern als auch die nationale Befreiungsbewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern weiter fördern.

## SICH NICHT GRÜNDLICH AUF GEWALT-ANWENDUNG VORZUBEREITEN, HEISST IN EINER BLUTIGEN NIEDERLAGE ZU VERSINKEN !

Unserer Auffassung nach müssen die kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern

danach streben, eine friedliche Koexistenz zwischen den noch kapitalistischen und unseren sozialistischen Ländern zu erreichen. Das stärkt die Positionen der Friedenskräfte und schwächt die Positionen des Kapitalismus in diesen Ländern, hilft überhaupt dem Klassenkampf. Aber damit sind die Aufgaben dieser Parteien noch nicht erschöpft. In diesen Ländern ist es erforderlich, den Klassenkampf zu forcieren, zu intensivieren und zu verstärken. Die arbeitenden Massen unter Führung des Proletariats dieser Länder mit der kommunistischen Partei an ihrer Spitze müssen in Zusammenarbeit mit dem gesamten Proletariat der Welt dem Imperialismus das Lebenslicht ausblasen, sein militärisches und ökonomisches Potential zerschlagen, ihm seine politische und wirtschaftliche Macht entreißen und zum Sturz der alten Macht und zur Errichtung der neuen Macht, der Volksmacht, schreiten. Wie aber werden sie das tun können - mittels der revolutionären Gewalt oder auf dem friedlichen, parlamentarischen Weg?

Diese Frage war bisher ganz klar und es war nicht notwendig, daß sie Genosse Chruschtschow auf dem XX. Parteitag verwirrte, und zwar in derselben Weise, wie das auch die Opportunisten zu tun pflegen. Wozu war es denn gut, zu solchen Parodien auf die klaren Lehren Lenins und der Sozialistischen Oktoberrevolution Zuflucht zu nehmen?

Die PdA Albaniens hat in dieser Frage einen ganz eindeutigen Standpunkt und läßt sich von den entsprechenden Lehren Lenins nicht abbringen. Bisher hat kein Volk, kein Proletariat und keine kommunistische oder Arbeiterpartei die Macht ohne Blutzoll und ohne Gewaltanwendung erreicht.

Es ist unrichtig, wenn einige Genossen glauben, bei ihnen sei die Macht ohne Blutzoll erobert worden, denn sie vergessen, daß die glorreiche Sowjetarmee während des Zweiten Weltkriegs ganze Ströme von Blut für sie hat vergießen müssen.

Unsere Partei ist der Ansicht, daß wir, was diese Angelegenheit betrifft, vorbereitet sein müssen - und zwar gut vorbereitet - auf beide Möglichkeiten, vor allem aber auf die Ergreifung der Macht mittels Gewalt, denn erst wenn wir darauf gut vorbereitet sind, gewinnt auch die andere Möglichkeit an Chancen. Die Bourgeoisie mag euch erlauben, Psalmen zu singen, aber eines Tages versetzt sie euch in faschistischer Manier einen Schlag über den Schädel und vernichtet euch, weil ihr die für den Kampf nötigen Kader nicht ausgebildet, weil ihr keine illegale Arbeit getan habt, weil ihr weder den Boden vorbereitet habt, von dem aus ihr auf lange Sicht im Untergrund arbeiten könnt, noch die Mittel, mit denen ihr kämpfen müßt. Wir müssen einer solchen tragischen Eventualität zuvorkommen!

Die PdA Albaniens ist und wird stets sein für Frieden und friedliche Koexistenz, sie wird dafür stets auf marxistisch-leninistische Weise kämpfen, so wie uns das Lenin lehrte, und auf der Basis des Moskauer Friedensmanifestes. Sie kämpfte, kämpft und wird weiter aktiv für allgemeine Abrüstung kämpfen. Aber auf keinen Fall und nichteinmal für einen Augenblick wird die PdA ihren politischen und ideologischen Kampf gegen die Aktivitäten der Imperialisten und Kapitalisten sowie gegen die bürgerliche Ideologie einstellen; sie wird niemals aufhören, einen scharfen, ununterbrochenen und kompromißlosen Kampf zu führen gegen den modernen Revisionismus, insbesondere gegen den jugoslawischen Tito-Revisionismus.



Es mag Genossen geben, die uns Albaner beschuldigen, halsstarrig, heißblütig, sektiererisch, dogmatisch oder sonstwie zu sein, aber wir weisen alle diese unwahren Anschuldigungen zurück und sagen ihnen, daß wir von unseren Positionen nicht abgehen werden, weil das marxistisch-leninistische Positionen sind.

## DIE UNVERSCHÄMTE DROHUNG KOSLOWS

Man behauptet, daß wir für einen Krieg und gegen die Koexistenz sind. Genosse Koslow hat uns Albaner sogar vor die Wahl gestellt: entweder Koexistenz wie er sie versteht, oder eine imperialistische Atombombe wird Albanien in einen Haufen Asche verwandeln und keinen einzigen Albaner am Leben lassen. Eine solche Atomdrohung hat bis jetzt noch kein Vertreter des US-Imperialismus gegen unser Volk gerichtet. Aber hier ist das geschehen und zwar von seiten eines Mitglieds des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU. Und gegen wen? Gegen ein kleines heroisches Land, gegen ein Volk, welches jahrhundertelang gegen zahllose grausame Feinde gekämpft und niemals seine Knie gebeugt hat, gegen ein kleines Land und gegen ein Volk, das mit beispiellosem Heroismus gegen die Hitleristen und italienischen Faschisten kämpfte, gegen ein Volk, das wie Fleisch mit Bein mit der glorreichen Sowjetunion verbunden war, gegen eine Partei, welche treu, unerschütterlich und bis zur letzten Konsequenz zum Marxismus-Leninismus und zur Kommunistischen Partei der Sowjetunion steht. Doch Genosse Frol Koslow, Du hast Dich in der Adresse geirrt, Du kannst uns nicht ins Bockshorn jagen und zwingen, Deinen falsch kalkulierten Wünschen nachzugeben. Wir werden die glorreiche Partei Lenins nicht mit Dir verwechseln,

der Du Dich so schlecht, mit solcher Schamlosigkeit gegen das albanische Volk und gegen die Partei der Arbeit Albaniens verhältst.

Die PdA Albaniens wird alle richtigen und dem Frieden dienenden Vorschläge der Sowjetunion und anderer Länder des sozialistischen Lagers sowie der übrigen friedliebenden Länder verteidigen und unterstützen. Die PdA Albaniens wird alle ihre Kräfte daransetzen und alle ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen, um die Einheit des sozialistischen Lagers, seine marxistisch-leninistische Einheit, zu stärken. Es wäre absurd anzunehmen, daß sich das kleine sozialistische Albanien vom sozialistischen Lager trennen, isoliert vom sozialistischen Lager und ohne Bruderschaft mit den sozialistischen Völkern leben möchte. Albanien ist für seine Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager niemand gegenüber zu Dank verpflichtet - das albanische Volk selbst und die PdA Albaniens haben es in dieses Lager gestellt, mit ihrem Blut und Schweiß, durch ihre Arbeit und ihre Opfer, durch ihr Staatssystem und durch ihre marxistisch-leninistische Politik. Aber möge nie jemand glauben, daß Albanien, weil es ein kleines Land ist, daß die Partei der Arbeit Albaniens, weil sie eine kleine Partei ist, einfach tun werde, was irgendjemand verlangt, wenn wir überzeugt sind, daß dieser Jemand unrecht hat.

## PROBLEME DER ZUSAMMENARBEIT DER SOZIALISTISCHEN LÄNDER

Wie ich bereits feststellte, ist die PdA Albaniens der Meinung, daß unser sozialistisches Lager, welches sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt und die selben Ziele hat, auch eine gemeinsame Strategie und Taktik haben sollte und daß eben diese durch unsere Parteien und durch die Staaten des sozialistischen Lagers gemeinsam ausgearbeitet werden sollten. Innerhalb unseres Lagers anerkennen wir gewisse Formen der Organisation der Arbeit, doch die Wahrheit ist, daß das ziemlich formalen Charakter hat. Besser gesagt, die Arbeit funktioniert nicht in kollektiver Weise, so zum Beispiel nicht in den Organen des Warschauer Vertrags und im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Laßt mich das ganz klarstellen. Hier geht es nicht bloß um die Frage, ob wir auch konsultiert werden sollten oder nicht. Natürlich, niemand bestreitet unser Recht, auch konsultiert zu werden. Doch es sollten Konsultationsversammlungen abgehalten werden. Wir betrachten das als prinzipielles Erfordernis und sagen, daß diese Form der Organisation in regelmäßigen Intervallen erfolgen soll, daß die Probleme zur Diskussion gestellt, daß Beschlüsse gefaßt und eine Kontrolle über deren Einhaltung durchgeführt werden sollte.

Die Entwicklung und weitere Stärkung der Wirtschaft unserer sozialistischen Länder war stets ein Hauptanliegen unserer Parteien und Regierungen und bildet einen entscheidenden Faktor der unüberwindlichen Stärke des sozialistischen Lagers.

Der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus geht in unseren Ländern in schnellem Tempo vor sich. Das ist ein Ergebnis der großen Anstrengungen unserer Völker und der gegenseitigen Hilfe, die sie einander gewähren. In dieser Richtung spielte und spielt die Koordination der Wirtschaftspläne unserer Länder und die Tätigkeit des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe eine Rolle von größter Wichtigkeit.

## DIE FRAGE DER GEGENSEITIGEN HILFE

Daß die Volksrepublik Albanien bisher niemand ökonomische Hilfe gegeben hat, liegt erstens daran, daß wir ein armes Land sind, zweitens daran, daß einer solchen ökonomischen Hilfe durch uns niemand bedurfte. Doch gemäß den korrekten Normen machten und machen wir alle Anstrengungen, jenen Ländern, die unsere Freunde und Brüder sind, in gewissem Ausmaß durch unsere Exporte zu helfen. Uns selbst wurde Hilfe zuteil durch unsere Freunde, in erster Linie und vor allem durch die Sowjetunion. Man hat uns durch Kredite und durch Spezialisten unterstützt, ohne die es für unser Land und seine Wirtschaft sehr schwierig geworden wäre, sich in einem solchen Tempo zu entwickeln, wie wir es erreichten. Die Partei der Arbeit und die Volksrepublik Albanien haben diese großzügige Hilfe seitens der Sowjetunion und der anderen Länder der Volksdemokratie nach besten Kräften zu maximalem Nutzen für unser Volk verwendet. Unser Volk wird dem Sowjetvolke, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Sowjetregierung, den Völkern, Parteien und Regierungen der Länder der Volksdemokratie für diese Hilfe stets dankbar sein. Wir betrachteten und betrachten sie nicht als milde Gabe, sondern als brüderliche internationalistische Hilfe.

Unser Volk, das in schrecklicher Armut gelebt und mit Heroismus gekämpft hatte, das gemordet und ausgebrannt worden war, hatte die Pflicht, die Hilfe seiner Freunde und Brüder zu suchen, die größer und wirtschaftlich reicher waren. Und es ist, war und ist weiter die internationalistische Pflicht dieser Freunde, eine solche Hilfe zu geben. Daher ist es notwendig, jegliche dunkle und antimarxistische Deutung der Natur und des Zwecks dieser Hilfe zurückzuweisen. Wirtschaftlicher Druck gegenüber der PdA Albaniens, der albanischen Regierung und dem albanischen Volk wird niemals auch nur den geringsten Erfolg haben.

Ich möchte hier vorschlagen, daß die Hilfe der wirtschaftlich stärkeren an die ökonomisch schwächeren Länder, wie etwa an unser Land, umfangreicher sein sollte. Das albanische Volk beabsichtigt in keiner Weise, seine Hände in den Schoß zu legen und den Mund aufzureißen, um sich von anderen füttern zu lassen; sowas entspricht nicht seinem Charakter. Unser Volk erwartet auch nicht, daß der Lebensstandard in unserem Land plötzlich auf jenen Lebensstandard gehoben wird, der in einigen anderen Ländern der Volksdemokratie schon zu verzeichnen ist. Dennoch sollte unserem Lande größere Hilfe gegeben werden zur rascheren Entwicklung seiner Produktivkräfte.

Wir denken, daß die ökonomisch stärkeren Länder des sozialistischen Lagers auch den neutralen kapitalistischen Ländern und den Völkern, die sich soeben vom Kolonialismus befreit haben, Kredite gewähren sollen - vorausgesetzt, daß die Führer dieser kapitalistischen Länder in Gegensatz zum Imperialismus stehen, die Friedenspolitik des sozialistischen Lagers unterstützen und die rechtmäßige Tätigkeit der revolutionären Kräfte nicht behindern oder verfolgen. Doch in erster Linie sollten

die Bedürfnisse der Länder des sozialistischen Lagers genauer ins Auge gefaßt und sollte diesen entsprochen werden. Sicherlich, Indien braucht Eisen und Stahl - doch das sozialistische Albanien hat das viel dringender nötig. Sicherlich, Ägypten braucht Bewässerungsanlagen und elektrische Energie - doch das sozialistische Albanien benötigt das noch dringender.

## GEFÄHRLICHE "INITIATIVEN"

In sehr vielen politischen Fragen erstrangiger Bedeutung gab und gibt es in unserem sozialistischen Lager übereinstimmende Auffassungen. Da jedoch kollektive Konsultationen keine regelmäßige Einrichtung geworden sind, mußte man in einer Reihe von Fällen feststellen, daß Staaten unseres sozialistischen Lagers politische Initiativen ergriffen, welche oft auch die Interessen anderer Länder dieses Lagers oder des Lagers überhaupt berührten. Nicht, daß wir im Prinzip gegen Initiativen einzelner Länder wären - jedoch etliche der erwähnten Initiativen waren nicht in Ordnung, insbesondere nicht jene, die durch die Mitglieder des Warschauer Vertrags kollektiv hätten behandelt werden müssen.

Eine Initiative dieser Art war die der bulgarischen Regierung, welche unter völliger Ignorierung Albaniens der griechischen Regierung mitteilte, daß die auf dem Balkan befindlichen Länder der Volksdemokratie mit einer Abrüstung einverstanden wären, falls auch Griechenland abrüste. Von unserem Standpunkt aus war diese Initiative fehlerhaft, denn sogar wenn ihr die griechische Regierung zugestimmt hätte, wäre sie von der albanischen Regierung nicht akzeptiert worden. Albanien befindet sich wohl in Übereinstimmung mit dem sowjetischen Vorschlag, den Chruschtschow im Mai 1959 unterbreitete (Errichtung einer atomwaffenfreien Zone am Balkan und im adriatischen Raum, Anmkg. der RF), doch nicht mit dem bulgarischen Vorschlag, welcher auf die Abrüstung der Balkanländer abzielt und dabei Italien unberücksichtigt läßt. Haben denn die bulgarischen Genossen vergessen, daß das bourgeoise und faschistische Italien Albanien in diesem Jahrhundert bereits mehrere Male überfallen hat?

Und weiter: Können die bulgarischen Genossen, ohne jede Konsultation der albanischen Regierung, mit der sie durch einen Verteidigungspakt verbunden sind, sich erlauben, einen Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag mit der griechischen Regierung vorzuschlagen in einem Zeitpunkt, da sich Griechenland weiter als im Kriegszustand mit Albanien betrachtet und territoriale Ansprüche gegen unser Land erhebt? Wir meinen, daß es sehr gefährlich ist, solche einseitigen Aktionen zu unternehmen. Vielleicht sind die bulgarischen Genossen auf Grund unserer korrekten und legitimen Opposition gegen ihre Initiative zu der Schlußfolgerung gelangt, daß wir Albaner die Koexistenz nicht wirklich verstehen, daß wir einen Krieg wollen und so weiter. Aber solche Ansichten sind falsch.

Ähnliche Schritte haben auch die polnischen Genossen bei der UNO unternommen, als Genosse Gomulka in der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ganz einseitiger Weise erklärte, daß Polen vorschlage, hinsichtlich der Stationierung militärischer Truppen in der Welt beim Status quo zu bleiben, im einzelnen also, daß keine weiteren Militärbasen geschaffen, die schon bestehenden aber bleiben sollen; daß keine weiteren Raketenrampen mehr installiert, die existierenden aber beibehalten werden sollen; daß jene Staaten, welche das Geheimnis der Atombombe schon besitzen, es behalten, aber nicht an die anderen Staaten weitergeben sollen. Unserer Meinung nach ist ein solcher Vorschlag den Interessen unseres sozialistischen Lagers zuwiderlaufend. Es sollen keine weiteren Raketen mehr in Stellung gebracht werden - aber wen betrifft und wo gilt das? Alle NATO-Verbündeten einschließlich Italien, Westdeutschland und Griechenland sind bereits mit Raketen ausgerüstet. Das Geheimnis der Atombombe soll nicht weitergegeben werden - nicht an wen? England, Frankreich und Westdeutschland besitzen es doch. Es liegt auf der Hand, daß ein Vorschlag dieser Art vor allem uns, die Länder der Volksdemokratie, verpflichten würde, auf die Installierung von Raketen zu verzichten und daß ihm zufolge außer der Sowjetunion kein einziges anderes Land des sozialistischen Lagers Atomwaffen besitzen dürfte.

Wir stellen die Frage, warum das kommunistische China nicht die Atombombe haben sollte? Wir denken, daß China sie besitzen sollte. Wenn es die Bombe und entsprechende Raketen hat, werden wir ja sehen, welche Töne die US-Imperialisten dann von sich geben werden, wie lange sie Chinas Rechte in der internationalen Arena noch ignorieren können und ob die US-Imperialisten noch wagen werden, derart mit ihren Waffen zu klirren wie gegenwärtig.

Man könnte die Frage stellen: wird China gegen die USA sein Recht durchzusetzen versuchen, indem es die Bombe erlangt und wirft? Nein, weder China noch die Sowjetunion werden die Bombe anwenden, solange sie nicht von jenen damit angegriffen werden. denen Aggression und Krieg im Blute liegen. Hätte die Sowjetunion nicht die Bombe, so würden die Imperialisten uns gegenüber ganz andere Töne anschlagen. Wir werden niemals mittels der Bombe angreifen, wir sind gegen den Atomkrieg, wir sind bereit, die Bombe zu zerstören, doch unter den gegebenen Umständen müssen wir sie für Verteidigungszwecke bereithalten. "Es ist die Furcht, die unseren Weinberg schützt". sagt unser Volk. Und die Imperialisten sollen vor uns Angst haben.

(Wird fortgesetzt).



# MARXISTISCH-LENINISTISCHE LITERATUR

ZU REGIEPREISEN DERZEIT PROMPT LIEFERBAR

## VORSITZENDER MAO TSE-TUNG ÜBER DEN VOLKSKRIEG

★

ROTER PLASTIKEINBAND
60 Seiten
Bestell-Nummer **44**
S 3,- plus Porto

## MAO TSETUNG MONOGRAPHIEN

PREIS JE S 2,- (plus Porto)

### DIE FRAGE DER UNABHÄNGIGKEIT UND SELBSTÄNDIGKEIT IN DER EINHEITSFRONT

*(5. November 1938)*

14 Seiten Bestell-Nummer **12**

★

### FÜR EINE NEUDEMOKRATISCHE KONSTITUTIONELLE REGIERUNGSFORM

*(20. Februar 1940)*

26 Seiten Bestell-Nummer **87**

### DIE ANTIJAPANISCHEN KRÄFTE KÜHN ENTFALTEN UND DIE ANGRIFFE DER ANTIKOMMUNISTISCHEN ULTRAKONSERVATIVEN ABWEHREN

*(4. Mai 1940)*

20 Seiten Bestell-Nummer **88**

★

### UNSERE SCHULUNG UND DIE GEGENWÄRTIGE LAGE

*(12. April 1944)*

46 Seiten Bestell-Nummer **151**

★

### DEKLARATION DER CHINESISCHEN VOLKSBEFREIUNGSARMEE

*(Oktober 1947)*

20 Seiten Bestell-Nummer **152**

### EIN SCHMUTZIGES GESCHÄFT

(Kommentare des Zentralorgans der KP Chinas und der Hsinhua zu den sowjetisch-westdeutschen "Gewaltverzichts"-Verhandlungen)
30 Seiten S 2,-
Bestell-Nummer **524**

## MAO TSETUNG SECHS MILITÄRISCHE SCHRIFTEN

ROTER PLASTIKEINBAND
510 Seiten
Bestell-Nummer **75**
S 12,- plus Porto

RAMIZ ALIA:

## DER LENINISMUS - KAMPF- UND SIEGESBANNER

(REDE ZUM 100. GEBURTSTAG LENINS)
46 Seiten S 3,-
Bestell-Nummer **206**

FÜR LESER MIT ENGLISCHKENNTNISSEN

haben wir eine geringe Zahl folgender drei Titel vorrätig, die bisher nicht in deutscher Sprache veröffentlicht wurden, aber von besonderer Wichtigkeit sind:

ENVER HODSCHA: SPEECHES 1967-1968
344 Seiten, S 10,-plus Porto, Bestell-Nr. 250

HISTORY OF THE PARTY OF LABOUR OF ALBANIA (1929-44)
326 Seiten S 10,-plus Porto, Bestell-Nr. 251

ENVER HODSCHA: SPEECH AT THE MEETING OF 81 COMMUNIST AND WORKERS PARTIES IN MOSCOW ON NOV. 16, 1960
144 Seiten, S 5,-plus Porto, Bestell-Nr. 252

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)



Erscheint monatlich.
Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ)
Herausgeber und Verleger: Franz Strobl. Für den Inhalt und den Druck verantwortlich: Peter Tesinsky. Alle 1150 Wien, Goldschlagstrasse 64/5. Keine Inseratenannahme. Zuschriften und Bestellungen von Abonnements oder Probenummern erbeten an die Redaktion der "Roten Fahne", 1150 Wien, Goldschlagstrasse 64/5. Telefon 92-33-88. Jahresabonnement S 35,-, Halbjahresabonnement S 20,-, Auslandsabonnement S 45,- (DM 7,00) Postscheckkonto Nr. 173.848

